

Merkel will die Frustrierten von der AfD zurückholen

Angela Merkel geht noch einmal aufs Ganze. Sie lässt sich am Parteitag Anfang Dezember wieder zur CDU-Chefin wählen und kämpft 2017 für eine vierte Amtszeit als Kanzlerin. Dabei will sie, auch mit Geld, um die „Modernisierungsverlierer“ werben.

Birgit Baumann aus Berlin

Natürlich hatte jeder das Schweigen der Chefin respektiert. Doch im Konrad-Adenauer-Haus sind sie in den letzten Wochen vor dem entscheidenden Sonntag schon auf Nadeln gesessen. Die Monate vergehen im Flug, Kampagnen müssen auf Schiene gebracht, Agenturen gebucht werden.

Und Angela Merkel schwieg. Zuletzt lautete die Frage nicht mehr: Wann wird sie endlich bekannt geben, ob sie für eine vierte Amtszeit zur Verfügung steht? Sondern: Warum braucht sie für ihre Entscheidung so lange?

Weggefährten berichteten, Merkel, die so sehr im Rampenlicht stehe, wolle dies wirklich mit sich alleine und mit ihren allerengsten Vertrauten ausmachen. Also hörten die Deutschen monatelang von Merkel, sie werde sich „zum gegebenen“ oder zum „geeigneten Zeitpunkt“ äußern.

Am Sonntag war es dann so weit. Um 13 informierte Merkel Präsidium und Vorstand, um 19 Uhr erklärte sie bei einer Pressekonferenz: „Der geeignete Zeitpunkt ist jetzt da.“ Die Kanzlerin wirkte gelöst und entschlossen, dennoch räumte sie ein: „Ich habe sprichwörtlich unendlich viel darüber nachgedacht. Ich brauche

lange und die Entscheidungen fallen spät, dann stehe ich aber auch dazu.“ Schließlich gehe es nicht nur um einen Wahlkampf, sondern um weitere vier Jahre Regierungszeit, für die sie zur Verfügung stehen wolle. Nach wie vor leite sie ihr Anspruchs, Deutschland zu dienen – nun „in überaus schwierigen, man kann auch sagen unsicheren Zeiten“.

Kampf gegen Polarisierung

Ihr sei klar, dass es kein einfacher Wahlkampf sein werde. Merkel erwartet in Deutschland nicht nur Herausforderungen von Rechts und von Links und eine starke Polarisierung der Gesellschaft. Auch europäisch und international drohten Anfechtungen „für unsere Werte“ und „unsere Art zu leben“. Viele Menschen hätten daher „wenig Verständnis“, würde sie nicht ihre „Erfahrungen, Gaben und Talente in die Waagschale werfen“.

Allerdings findet es Merkel „grotesk“, wie viele Hoffnungen manche Menschen nach der US-Wahl in sie alleine setzten. In der CDU-Zentrale betont man zwar, dass der Hauptgegner im kommenden Wahlkampf die SPD sein werde. Dennoch zeigt der Leitartikel für den Parteitag, dass die CDU auch sehr stark jene in Blick

hat, die sie in den vergangenen Jahren bei Landtagswahlen an die Alternative für Deutschland (AfD) verloren hat.

Die AfD wird nicht namentlich erwähnt, doch es heißt im Antrag des Bundesvorstands, dass man auch um diejenigen werben wolle, „die sich als Modernisierungsverlierer sehen und derzeit noch bei populistischen Parteien von rechts und links ihre Zuflucht suchen“. Dabei wende sich die CDU gegen „einfache Lösungen“, die in vielen Ländern Konjunktur hätten. „Populismus, Abschottung nach außen, Protektionismus und die Spaltung der eigenen Gesellschaft“ seien keine Antworten auf die drängenden Probleme von Gegenwart und Zukunft.

Enttäuschte Wähler will die CDU unter anderem durch Steuer-

entlastungen zurückgewinnen, „vor allem von Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen“. Doch es geht im Leitartikel nicht um Finanzziele. Die CDU verteidigt auch die Religionsfreiheit, bezieht aber Position gegen den radikalen Islam. „Den Missbrauch des Islam für Hass, Gewalt, Terrorismus und Unterdrückung lehnen wir gemeinsam mit allen friedlichen Muslimen ab“, heißt es.

Mehr Abschiebungen

„Moscheen, in denen Gewalt und Hass gepredigt wird, müssen beobachtet und dann geschlossen werden. Imame sollen in Deutschland ausgebildet werden.“ Die Flüchtlingspolitik

bezeichnet die CDU als erfolgreich, weil die Zahl der Neuankommen gesenkt wurde. Jetzt will sie sich verstärkt um die Abschiebung abgelehnter Asylwerber kümmern. Bei ihrer Pressekonferenz betonte Merkel, es werde ihr in den nächsten vier Jahren vor allem um das Pensionssystem und die Digitalisierung gehen.

Um eine gelassene Reaktion bemühten sich die Sozialdemokraten. SPD-Vize Ralf Stegner betonte, seine Partei unterschätze Merkel „natürlich nicht“, das wäre ein großer Fehler. Dennoch sei ihr „Mythos der Unbesiegbarkeit“ vorbei. Grünen-Chef Cem Özdemir kündigte einen harten Wahlkampf gegen Merkel an.

Kommentar Seite 20



Foto: AFP / Tobias Schwarz

Sie habe „unendlich viel darüber nachgedacht“. Jetzt weiß Angela Merkel, wo es langgeht, und die Deutschen wissen es seit Sonntag auch: Merkel will weitere vier Jahre als Bundeskanzlerin regieren.

SCHWERPUNKT
Angela Merkel kandidiert erneut

Fillon überraschend in Führung

Vorwahl der französischen Konservativen: Ex-Premier liegt vor Juppé und Sarkozy

Stefan Brändle aus Paris

„Der Unscheinbare“, wie François Fillon von Pariser Medien genannt wird, hat den ersten Durchgang der von den „Républicains“ organisierten Vorwahl zweifellos für sich entschieden: Nach Auszählung von mehr als der Hälfte der gut vier Millionen Wählerstimmen am späten Sonntagabend lag er mit 43,9 Prozent vorne. In der Stichwahl in einer Woche wird Fillon gegen den „anderen“ Ex-Premier Alain Juppé (27,9 Prozent) antreten.

Nicolas Sarkozy scheidet diesen ersten Ergebnissen zufolge als Drittplatzierter mit 21,4 Prozent aus. Das ist eine schwere Wahlschlappe für den rührigen Ex-Präsidenten, der schon 2012 den Präsidentschaftswahlkampf gegen den nachmaligen Staatschef François Hollande verloren hatte. Sich als guter Verlierer erweisend, rief er zur Wahl Fillons auf. Die gleiche Stimmempfehlung gab der Viertplatzierte Bruno Le Maire ab.

Vorentscheidung für Mai

Die interne Vorwahl gilt als vorentscheidend für die französischen Präsidentschaftswahlen von 2017: Wer immer der Spitzenkandidat der „Républicains“ wird, er hat laut allen Demoskopien die besten Chancen, im Mai für fünf Jahre in den Elysée-Palast einzuziehen. In allen Umfragen liegen die Konservativen deutlich vor Marine Le Pen vom Front National oder einzelnen Linkskandidaten.

Der Wahlsieg Fillons, der als Premier von 2007 bis 2012 ganz im

Schatten Sarkozys gestanden hatte, ist eine gewaltige Überraschung. Bis vor einer Woche lag der unauffällige Gaullist in den Meinungsumfragen noch klar hinter den beiden unangefochtenen Spitzenreitern Juppé und Sarkozy. Deren Duell dominierte das politische Leben Frankreichs seit Monaten. Erst vor Wochenfrist bewegten sich Fillons Umfragewerte steil nach oben; am Freitag überholte er erstmals seine Widersacher.

Zwei Gründe erklären Fillons Sprintsieg auf den letzten Metern. In den drei TV-Debatten der sieben konservativen Kandidaten schnitt er mit seinem besonnenen Auftreten und einem klassischen Rechtskurs nach verbreiteter Ansicht am besten ab. Dazu kommt zweifellos ein gewisser „Trumpf-Effekt“. Viele französische Kon-



„Der Unscheinbare“ lag am Sonntag überraschend voran: François Fillon. Das Finale ist am 27. November.

Foto: Reuters / Gonzalo Fuentes

servative schenken Fillon die Stimme, weil dieser den stärksten Bruch mit dem bisherigen System verspricht: Resolute Begrenzung der Immigration, massiver Abbau des Staatsapparates, tausende neuer Gefängnisplätze, dazu das Ende der 35-Stundenwoche. Ein Populist ist Fillon mitnichten; mit seinem fast schon britischen Phlegma und dem gepflegten Auftreten nimmt er sich wie das pure Gegenteil des neuen US-Präsidenten aus.

Linkswähler halfen Juppé

Der politisch gemäßigte Juppé verdankt seinen Platz in der Stichwahl nicht zuletzt Mitte- und Linkswählern. Nach ersten Erkenntnissen von Demoskopien nahmen an der „Urwahl der Rechten und des Zentrums“, wie sie offiziell heißt, 15 Prozent Linkswähler teil. Ihnen ging es vor allem darum, Sarkozy zu verhindern.

Da Fillon und Juppé einen ähnlichen Stil pflegen, wird sich das Rennen in einer Woche vor allem aufgrund ihrer politischen Programme entscheiden – rechter für Fillon, konsensueller für Juppé. Letzterer hat nun das Handicap, allzu lange als uneinholbarer Favorit und Medienliebhaber gegolten zu haben; Fillon hat die Gunst des Momentes eher auf seiner Seite.

Den Ausschlag könnten in einer Woche paradoxerweise erneut die Linkswähler geben: Wenn sie wieder massiv an die Wahlurnen gehen, um diesmal Fillon ein Bein zu stellen, hat Juppé durchaus eine Chance, Spitzenkandidat der Rechten zu werden.

Mädchen, Mutti, Macherin

Zuletzt war Angela Merks Amtszeit von Krisen geprägt

Berlin – „Ich will Deutschland dienen.“ So beschrieb Angela Merkel im Jahr 2005 ihr Amtsverständnis als deutsche Bundeskanzlerin. Regierungschefin war sie damals noch lange nicht, den Satz sagte sie im Mai bei ihrer Dankesrede zur Nominierung als Kanzlerkandidatin von CDU/CSU. So mancher in der Union glaubte damals noch, es müsse sich um einen historischen Irrtum, um eine Art Betriebsunfall handeln.

Doch das einstige „Mädchen“ von Helmut Kohl hatte sich gegen alle CDU- und CSU-Granden durchgesetzt und trat 2005 zum ersten Mal als Kanzlerkandidatin an, um Gerhard Schröder und seine rot-grüne Regierung abzulösen. Es gelang nicht ganz. Zwar vertrieb sie Schröder und die SPD aus dem Kanzleramt, doch aus der angestrebten Wunschkoalition mit der FDP wurde nichts. Merkel musste ihre erste große Koalition eingehen.

Die erste Hälfte ihrer ersten Amtszeit verlief unspektakulär, Merks unaufgeregter Stil kam bei den Deutschen gut an. Die letzten beiden Jahre waren geprägt von der Finanzkrise. Unvergessen ist der 8. Oktober 2008, an dem sie mit dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) eine Garantieerklärung für alle Spareinlagen gab.

Steinbrück als Finanzminister verlor sie 2009, denn im Herbst 2009 reichte es bei der Bundestagswahl für ein Bündnis mit den Liberalen, Vizekanzler wurde Guido

Westerwelle (FDP). In ihrer zweiten Regierungszeit war Merkel vor allem mit dem Aufspannen von Euro-Rettungsschirmen beschäftigt. „Keinen Cent für Griechenland“ hatte zunächst ihre Devise noch geheißen, doch dann wurden daraus viele Milliarden.

Innenpolitisch bescherte Merks zweite Amtszeit einige Volten, die einige Konservative bis heute nicht verdaut haben. Nach dem Super-GAU von Fukushima bereitete die Kanzlerin den Atomausstieg vor, zudem wurde unter ihrer Führung die Wehrpflicht ausgesetzt.

Die Steuereinnahmen sprudelten, Finanzminister Wolfgang Schäuble steuerte auf den ersten ausgeglichenen Haushalt hin, die Arbeitslosigkeit sank. Irgendwie glaubten die meisten Deutschen, dies alles sei „Mutti“ zu verdanken.

Mit dieser ehrfürchtig-ironisch gemeinten Bezeichnung ging Merkel 2013 in ihre dritte Amtszeit, diesmal wieder mit der SPD. Diese legte ein Gesetz ums andere vor (Mindestlohn, Mietpreisbremse), doch allein die Popularität Merks wuchs.

In der dritten Amtszeit begann auch ihre härteste Prüfung: Ab Sommer 2015 arbeitete Merkel fast ausschließlich an den Folgen der Flüchtlingskrise, die ein tiefes Zerwürfnis mit der CSU zur Folge hatte. Dennoch hat sie noch nicht genug, sie ist bereit für Teil vier – wenn die Wähler wollen. (bau)



Merks erste Kabinettsitzung im November 2005.

Foto: AP / Jockel Finck